Nr. 3 * * * 32. Jahrgang

Berlin, den 16. Januar 1926

Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. – Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark – Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Von der Gauleiterkonferenz.

I.

Zusammen mit dem Verbandsvorstand tagte am 8. und 9. Januar in Berlin eine Gauleiterkonferenz, die sich mit der Kündigung des Reichstarifs, auch mit den Zuständen im Steindruckgewerbe befaßte und ebenfalls zu den Verhandlungen mit den Schriftgießereibesitzern Stellung nahm. Sehr eingehend beschäftigten sich die Gauleiter mit der Kündigung des Hilfsarbeitertarifs und seiner Erneuerung, wobei die Erwägung besonderer Maßnahmen noch vor den Verhandlungen einen breiten Raum einnahm.

Uebereinstimmend wurde bei den Beratungen festgestellt, daß die wirtschaftliche Lage im Buchdruckgewerbe durchaus nicht pessimistisch betrachtet zu werden braucht. In verschiedenen Bezirken sind die Betriebe noch recht gut beschäftigt, Arbeitslose sind nur in verhältnismäßig geringer Zahl vorhanden, in Leipzig z. B. werden für Buch- und Steindruck zusammen noch nicht 6 Proz. Arbeitslose gezählt. Dabei muß beachtet werden, daß oft Entlassungen ohne Grund erfolgen. Es ist vorgekommen, daß Arbeiter entlassen und eine Woche darauf für das Personal Ueberstunden angeordnet wurden. Großer Unfug wird von den Unternehmern mit der Einführung von Kurzarbeit getrieben, ohne daß dazu der geringste Grund vorliegt. Die Unternehmer versuchen auch jetzt wieder, wie schon früher, an den Tagen, da keine eiligen Terminarbeiten vorliegen, am Personal zu sparen, um an den Tagen, da die Arbeit drängt, mit der gesamten Arbeiterschaft des Betriebes möglichst noch mit Ueberstunden zu arbeiten. Die Arbeiter werden von manchem Unternehmer in raffinierter Weise ausgenutzt und schwer an ihrem Verdienst geschädigt. Leider tragen dabei die Betriebsvertretungen, die zu leicht dem Verlangen des Betriebsinhabers auf Einführung von Kurzarbeit nachgeben, selbst einen Teil Schuld. Die Drohung der Unternehmer, entweder verkürzt arbeiten oder entlassen werden, verfehlt oft ihre Wirkung nicht, obwohl es in vielen Fällen dem Unternehmer gar nicht möglich wäre, seine Arbeiten mit verringertem Personal herauszubringen, wenn die Belegschaften darauf bestehen würden, nicht ganze Tage auszusetzen, sondern jeden Tag eine oder mehr Stunden weniger zu arbeiten. Nach kurzer Zeit sehen dann meist die Arbeiter ein, daß sie sich haben hineinlegen lassen; meist ist es aber zu spät, um an der mit ihrer Einwilligung festgelegten verkürzten Arbeitszeit etwas zu ändern. Größte Vorsicht ist am Platze, wenn der Unternehmer mit dem Verlangen kommt, nur an bestimmten Tagen ein Teil des Personals aussetzen zu lassen.

Recht angenehm wird es überall von den Mitgliedern empfunden, daß die Ueberstunden aufgehört haben. Für einen Mehrverdienst durch Verlängerung der Arbeitszeit, die bis acht Stunden voll ausgenutzt wird, danken die Kollegen und Kolleginnen bestens. Sie sind herzlich froh, wenn sie nach ihrer angestrengten Tätigkeit in tariflicher Arbeitszeit den Betrieb verlassen können. Der durch Ueberarbeit erzielte höhere Verdienst wiegt die schweren gesundheitlichen Schädigungen, die durch die körperlichen Anstrengungen nach kurzer Zeit besonders bei den Kolleginnen bestimmt eintreten, nicht auf. Nachdem nun aber die Konjunktur etwas nachgelassen hat, versuchen die Unternehmer die Löhne abzubauen. Wer über den Tariflohn bezahlt wird, soll sich Lohnabzüge gefallen lassen. Aus fast allen Bezirken wurde berichtet, daß die Unternehmer die Leistungszulagen abbauen wollen. Sie gehen dabei ganz rigoros vor und verlangen oft einen Abzug von 50 Proz. der Ueberlöhne und drohen bei Weigerung mit Entlassung. Sie verlangen einen derartigen Abzug vom Gesamtpersonal, denn im Nehmen sind unsere Unternehmer nie kleinlich gewesen. Sie scheuen auch vor der Kündigung des ganzen Personals nicht zurück und sind sehr erstaunt, wenn ihnen bedeutet wird, daß ihr Vorgehen gegen die tariflichen Bestimmungen verstößt. In einem Falle haben sie sogar bei einer Klage der Gehilfen vor den tariflichen Instanzen durch den Unparteiischen recht bekommen und freuen sich wahrscheinlich darüber. An die Konsequenzen dieses Entscheides denken sie anscheinend nicht, sie werden große Augen machen, wenn die Arbeiter gelegentlich den Spieß umdrehen. Der von ihnen herbeigeführte Entscheid kann ihnen noch bitter aufstoßen.

Allgemein kam auf der Konferenz zum Ausdruck, daß für die Unternehmer ein Grund zur Tarifkündigung nicht vorlag. Verständlich wird ihr Vorgehen nur durch die jetzt Mode gewordene Forderung des Gesamtverbandes der Unternehmer auf Abbau der Löhne für un- und angelernte Arbeiter. Dieser Forderung wollte der deutsche Buchdrucker-Verein wohl nur nachkommen. Eine andere Begründung für die Kündigung gibt es nicht. Was die Unternehmer als Grund angegeben haben, stimmt nicht. Ueberall ist der Reichstarif für das Hilfspersonal gut eingeführt, er hat sich in allen Orten und Bezirken eingebürgert, kein Gauleiter konnte berichten, daß die Unternehmer bei Verhandlungen oder Zusammenkünften den Reichstarif als untragbar bezeichnet haben. Im Gegenteil, die geordneten Verhältnisse auch jetzt bei dem Hilfspersonal wurden angenehm empfunden gegen den früheren immerwährenden Kriegszustand, den die Unternehmer nicht wünschen können. Natürlich wird es hier und da Buchdruckereibesitzer geben, die hauptsächlich in kleinen Druckorten sitzen und noch kleinere Betriebe ihr eigen nennen, und die unter „der Last des Reichstarifs seufzen". Die hat es aber immer gegeben und die werden auch nicht verschwinden, wenn der Tariflohn um 50 Proz. gekürzt wird. Aber ausschlaggebend können diese Kauter nicht sein.

Die Gauleiterkonferenz war sich klar darüber, daß die Sache der Hilfsarbeiter eine Sache der graphischen Arbeiterschaft überhaupt ist. Die Unternehmer wagen einen Vorstoß bei dem Hilfspersonal, um den Effekt abzuwarten und danach ihr weiteres Vorgehen bei anderen Gruppen einzurichten. Die Situation wurde als durchaus ernst bezeichnet. Den Unternehmern kommt das Abflauen der Konjunktur zugute, hebt sich die allgemeine wirtschaftliche Lage, werden wir leichter zum Ziele kommen und unsere Wünsche bei den Verhandlungen besser verwirklichen können. Einen Abschluß von Orts- und Bezirkstarifen im Buchdruckgewerbe wurde abgelehnt. Ueber die sofort einzuleitenden Maßnahmen gab es einen regen Meinungsaustausch, die aus erklärlichen Gründen hier nicht offen dargelegt werden können. Die Mitglieder werden durch den Verbandsvorstand und die Gauleitungen unterrichtet werden und ersucht, diesen Weisungen genau zu entsprechen.

Ein Teil der Mitgliedschaft ist in letzter Zeit etwas bequem geworden, sie zahlen ihren Verbandsbeitrag, wenn auch nicht immer sehr freudig, lieben aber sonst die Ruhe. Sie werden sich in den nächsten Wochen etwas bewegen und ihr Phlegma ablegen müssen. Tun sie das nicht, so können sie eines schönes Tages ihr blaues Wunder erleben. Sie werden dann wahrscheinlich furchtbar erschrocken sein, wenn sie erfahren, daß durch ihre Gleichgültigkeit das Ganze großen Schaden erlitten hat. Doch so weit wird es ja nicht kommen, immerhin aber soll jedes Mitglied die Augen offen halten und kräftig mitarbeiten, unbedingt jetzt, da wir es mit einem rücksichtslosen Gegner zu tun haben, auf den wir ebenfalls keine Rücksicht nehmen können. Die Gauleiter klagten darüber, daß bei dem an sich guten Stand der Organisation, wir zählen rund 40 000 Mitglieder, viele Kollegen und Kolleginnen so schwer beweglich sind. Sie freuten sich, daß die Tarifberatung nun manchen etwas beleben wird. Eigentlich könnte man den Unternehmern danken, daß sie so tun, als ob sie mit uns keinen Tarif mehr abschließen wollen, sie geben uns ein gutes Agitationsmittel. Wenn aber durch Ungeschick oder Teilnahmslosigkeit der Mitglieder grobe Fehler gemacht werden, hilft uns auch keine zahlenmäßige Stärke. Den Unternehmern beweisen wir nur, daß wir da sind, wenn wir uns kräftig regen. Die Arbeit des Verbandsvorstandes und unserer Verhändler hat nur Aussicht auf Erfolg, wenn die Unternehmer sehr deutlich durch die Mitglieder an allen Orten gewahr werden, daß die Kollegen und Kolleginnen tatbereit hinter den Worten ihrer Vertreter stehen. Nur das sollen alle Mitglieder den Unternehmern zu erkennen geben.

Ueber die weiteren Beratungen der Gauleiterkonferenz soll in der nächsten Nummer unserer Zeitung Besprechung erfolgen.

Hilfsarbeiter.

Das Werk der Kunst ist groß und gut
Und strömt doch schwer aus heißem Blut,
Und will es zu den Sternen dringen,
So gilt es hart mit Erde ringen.

Was Freude schafft in Bild und Schrift,
Ist Last, die vieler Schultern trifft,
Ist rauher Hände tapfres Mühen
In Feuern, die um Stirnen sprühen.

Und wärst du an Maschinen nicht,
Wer wüßte, was ein Dichter spricht?
Der hilft zum Licht die Menschen führen,
Des Hände Erdenfeuer schüren.

Man kennt euch nicht, man nennt euch nicht,
Weghelfer ihr zu reinstem Licht,
Ihr wirkt in Schatten, stumm, bescheiden
Und helft doch Welt in Sonne kleiden.

Die Hand dem freien Geist gesellt —
So stirbt die Not, so wird die Welt,
Und Geist mit freier Hand verbunden
Führt Volk zu goldenen Feierstunden.

So wirkt der Geist, so glüht die Hand,
Sie schmieden neu der Menschen Land.
Soll keiner mehr in Schatten gehen:
Frei Volk heißt Aller Auferstehen.

Franz Rothenfelder.

Krise, kapitalistische Wirtschaftsdiktatur und Gemeinschaftsarbeit.

Die aufpeitschenden Probleme der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Deutschland stehen am Jahresanfang 1926 im Vordergrund des Interesses. Alles quirlt durcheinander. Das Elend der Massen zeigt sich in Millionenziffern von Arbeitslosen und Kurzarbeitern. Kein Wunder, daß man von allen Seiten nach Mitteln sucht, um dieser drohenden Entwicklung zu steuern. Heilsbotschaften werden verkündet, Erlöser treten auf und propagieren auf Gassen und Märkten Mittel und Ideen, die man als die alleinseligmachenden betrachtet. Wirtschaftsorganisationen von großer Bedeutung, wie der Reichsverband der Deutschen Industrie, veröffentlichen Denkschriften und Programme. Im Schoße der Regierungen werden ernsthafte Beratungen gepflogen — alles zu dem Zwecke, an Stelle des ratlosen Hin- und Herschwankens positiven Maßnahmen den Weg zu ebnen.

In all dem Durcheinander kristallisieren sich auf der Unternehmerseite zwei Wege heraus, die man als die gangbarsten betrachtet: die kapitalistische Wirtschaftsdiktatur und eine Art Gemeinschaftsarbeit. Die Vertreter der ersteren Idee stehen hauptsächlich im Lager der schweren Industrie, deren sichtbarer Niederschlag findet sich in den Organen dieser Industriegruppe. Doch auch der Reichsverband der Deutschen Industrie hatte in seiner vor Weihnachten veröffentlichten Denkschrift so etwas wie eine kategorische Forderung, wie Steuerverminderung, Abkehr von staatlicher Schlichtungspolitik für notwendig erachtet und deren unbedingte Durchführung gefordert. Rücksichtsloser und mit absoluter Offenheit jedoch wird die kapitalistische Diktatur von der großen kapitalistischen Presse vertreten, wovon wir ein Organ, die „Deutsche Bergwerkszeitung" herausgreifen wollen.

Doch zuvor ist daran zu erinnern, daß die verschiedensten Körperschaften der Industrie und der Landwirtschaft und auch einzelne politische Parteien seit Wochen Beratungen pflegen, die ein mehr oder minder diktatorisches Programm zum Resultat hatten. Wir erinnern hier an eine Sitzung des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, wo der Generaldirektor der Gutehoffnungshütte, Dr. Reusch, mehr oder minder offen energische Maßnahmen in der Selbsthilfe der Schwerindustrie in Aussicht stellte. Und der Pommersche Landbund sagte kürzlich in einer Entschließung u. a.: „Wir verlangen die Einführung eines Wirtschaftsdiktators, welcher ohne Rücksicht auf die Parlamente die Maßnahmen durchführen kann, die einem Zwangsverwalter der deutschen Wirtschaft obliegen." Deutlicher kann man in der Forderung nach einer Wirtschaftsdiktatur nicht werden. Die Vorschläge der „Deutschen Bergwerkszeitung" zwecks einseitiger Diktatur zur Beherrschung des Wirtschaftsapparates kommen klar und deutlich in der Neujahrsnummer zum Ausdruck. Wir zitieren daraus das Folgende:

„Macht die Oeffentlichkeit — diesen Begriff in weitestem Sinne aufgefaßt — von der durch den Reichsverband (gemeint ist der Reichsverband der Deutschen Industrie) gegebenen Diskussionsgrundlage keinen Gebrauch und gelingt es vor allem nicht, die wirtschaftlichen Fragen dem Parteigetriebe zu entziehen, dann ist die Wirtschaft frei in ihren Entschließungen. Dann wird aber auch die in stärkerem Umfange kommende Not unfreiwillig diejenigen Maßnahmen erzwingen, die freiwillig nicht zu erhalten waren. Wenn man nach wie vor nicht in der Rettung der

Wirtschaft, sondern in der Erhaltung des parlamentarischen Mandates bzw. der staatlichen Funktion das Primäre erblickt, könnten sich verschiedene Möglichkeiten ergeben. Dann wird es entweder so kommen, daß eines Tages im stillschweigend oder offiziell gegebenen Auftrage der gesamten deutschen Wirtschaft irgendein Wirtschaftsführer diktatorisch im vollen Bewußtsein der daraus entstehenden Konsequenzen erklärt, daß es so wie bisher nicht weiter ginge und daß die Berufsstände die Regelung ihres Geschickes selbst zu bestimmen gezwungen seien."

Dann wird bezeichnenderweise die Möglichkeit der Diktatur von der anderen Seite, d. h. von der Arbeiterseite, die angeblich unter dem kommunistischen Einfluß stände, in Aussicht gestellt. Dies ist natürlich nur eine Verlegenheitsausrede, die dazu dient, die kapitolistische Diktatur als desto notwendiger erscheinen zu lassen. Dann fährt die „Bergwerkszeitung" fort:

„Weitere Möglichkeiten können darin bestehen, daß der Reparationsagent oder auch der Reichsbankpräsident, um das Schlimmste zu verhüten, zu diktatorischen Eingriffen übergehen wird. Die Möglichkeit dazu ist ohne weiteres gegeben; für den Reparationsagenten beruht sie in dem Dawes-Plan ... Für den Reichsbankpräsidenten beruht sie auf der Beherrschung des inländischen Geldmarktes und auf seinen Beziehungen zum Ausland. Die hier gezeigten Möglichkeiten sind mehr diktatorischer Natur; sie müssen sich mit mehr oder weniger großer Wahrscheinlichkeit dann ergeben, wenn man die Dinge laufen läßt. Andere Entwicklungen können sich jedoch dann herausstellen, wenn man versucht, bewußt und planvoll in der Wirtschaftsführung von allen staatlichen Zwangseingriffen und vor allem eine bewußte Beschneidung des Ausmaßes der staatlichen Ausgabenwirtschaft." Die „Bergwertszeitung" schließt mit dem Satz: „Der Zweck dieser Zeilen ist erreicht, wenn die Mahnung zum rechtzeitigen Handeln im neuen Jahr nicht überhört wird, wie es bisher der Fall war." –

Das ist die eine Seite der Meinung im kapitalistischen Lager, deren Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Die Schwerindustrie spinnt also den Gedanken, der in der Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie nur zaghaft angekündigt wurde, mit der dieser Seite anhaftenden Konsequenz weiter und fordert deren Verwirklichung. Etwas anders klingen allerdings Meinungen, die aus offiziellen Quellen der deutschen Industrie stammen. Da sind vor allem Aeußerungen des geschäftsführenden Präsidialmitgliedes des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geheimrat Dr. Kastl, in der „Industrie- und Handelszeitung" von großem Interesse. Ausgehend von der Denkschrift des Reichsverbandes ist Dr. Kastl der Auffassung, daß bald etwas geschehen müsse, worauf er den Vorschlag macht: „Wir müssen schleunigst zur Gemeinschaftsarbeit kommen." Er erinnert an die Worte unseres verstorbenen Genossen Legien vom Jahre 1918 bezüglich der Arbeitsgemeinschaft und meint dann: „Diese Einmütigkeit im Handeln ist das, was der Reichsverband durch seine Denkschrift herbeiführen wollte. Nicht Kampf, nicht bloßes Negieren, nicht zersetzende Kritik ist jetzt am Platze, sondern praktische, positive Vorschläge um den Zustand zu ändern, dessen Vorhandensein und dessen Druck wir alle spüren, Unternehmer und Arbeiter, Händler und Verbraucher ... Wenn die Vertreter der verschiedensten Wirtschaftskreise und der einzelnen Produktionsfaktoren ernstlich die Absicht haben, sich zu fruchtbringender Arbeit an den Tisch zu setzen, dann werden sich Mittel und Wege ergeben, wie dem Fortschritt die Wege geebnet werden können. Daß dabei alle große Opfer bringen müssen, ist selbstverständlich."

Diese Melodie ist eine andere, als diejenige, welche aus dem Bereiche der Hochöfen und der Kohlenzechen uns entgegentönt; jedoch kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie seinen extremen Brüdern den Weg zu solchen Forderungen geebnet hat. Die Forderung des Herrn Geheimrat Kastl bezüglich der Gemeinschaftsarbeit ist natürlich sehr kritisch zu werten. Uns fehlt der Glaube, daß die Industrie es ernst meint mit der Forderung einer wirklichen Gemeinschaftsarbeit. Die Kluft zwischen Kapital und Arbeit ist zurzeit sehr groß. Neben der Depression im Wirtschaftsleben, die naturgemäß die Gegensätze verschärfen muß, ist es die Verschiedenheit der Meinungen auf beiden Seiten, die zurzeit eine Ueberbrückung als unmöglich erscheinen lassen. Wenn nun erst gar mit dem Gedanken einer Diktatur gespielt wird, dann ist vollends nicht damit zu rechnen, daß eine Gemeinschaftsarbeit in den Bereich der Möglichkeit rücken kann.

Es ist daran zu erinnern, daß die Unternehmer es waren, die nach dem Währungssturz, als sie die Gewerkschaften durch das kalte Mittel der Inflation zur Bedeutungslosigkeit herabgemindert hatten, einseitig die Arbeitsbedingungen diktierten, den Achtstundentag beseitigten und wahre Kulilöhne festsetzten. Die Arbeitsgemeinschaften mit den Gewerkschaften waren ihnen eine Fessel, die sie kaltblütig abstreiften, als sie dies für notwendig erachteten.

Nun, nachdem die Gewerkschaften wieder zu einer Macht geworden sind, ertönt die alte Rattenfängermelodie zur Sammlung. Wir sind indessen keine Doktrinäre, die eine wirkliche Gemeinschaftsarbeit von vornherein ablehnen. Nur müßten unseres Erachtens einige Vorbereitungen unbedingt erfüllt werden. Es würde zu weit führen, hier alles das aufzuzählen, was als unbedingtes Erfordernis erscheint, dem Gedanken einer Gemeinschaftsarbeit näherzutreten. Wir begnügen uns mit der Hauptforderung, die Gewerkschaften restlos anzuerkennen und sie als gleichberechtigte Faktoren in allen Teilen und Funktionen des Wirtschaftslebens gelten zu lassen. Alles andere würde sich dann von selbst ergeben und aus dem Verhältnis der absoluten Gleichberechtigung resultieren. Es ist klar, daß auch die systematische Hetze gegen die Schlichtungsinstanzen aufhören müßte. Wir bezweifeln, daß sich die Unternehmer zu diesem Bekenntnis aufschwingen werden. Tun sie es dennoch, dann sehen wir keinen Grund, eine Aussprache im großen Rahmen von vornherein abzulehnen. Doch hören wir vorerst, wieweit sich die Dinge entwickeln werden.

Was jedoch die Diktatur anbelangt, die eine wirtschaftliche sein soll, jedoch zugleich auch als politische gedacht ist, so muß sich die Arbeiterschaft mit allen Mitteln gegen ein solches Experiment wenden. Bereit sein ist hier alles. Ueber Nacht kann hier etwas entstehen, dessen Beseitigung schwierig sein wird. Die Gewerkschaften müssen ihre Postenketten schleunigst verstärken und alle Arbeiter sollten sie hierin mit allen Mitteln unterstützen.

Die Horthy-Regierung gegen die Gewerkschaften.

Von Alexander Bacsu.

Die Skandale in Ungarn, dem barbarischsten Königreich, machen in der ganzen Welt von sich reden. Die neuesten „nationalen Taten" der Exzellenzen zeigen uns den Sumpf der Reaktionäre und Königsmacher. Nachstehend erfahren unsere Leser von einem aus Ungarn geflüchteten Genossen, was die dortigen Gewerkschaften auszustehen haben. Hoffentlich erstarken die ungarischen Arbeiterorganisationen bald, damit sie mit den Reaktionären und abeligen Abenteurern aufräumen können.

Nationalversammlung und Regierung in Ungarn sind gegen die durch Teuerung, Arbeitslosigkeit und mangelnde Sozialpolitik verursachte trostlose Verelendung vollkommen abgestumpft. Sie begünstigen geradezu das Kesseltreiben gegen die Gewerkschaften, anstatt deren kulturelle Bestrebungen zu unterstützen und zu fördern. Reaktionärer, mittelalterlicher Geist hemmt jede fortschrittliche Bewegung. Die Gewerkschaften sind heute überall als wirtschaftliche Faktoren und kulturelle Institutionen anerkannt, nur eben bei uns nicht, wo einzelne Ministerien planmäßige Maßregelungen als eine ihrer Hauptaufgaben erachten. Ausgesprochen staatliche Aufgaben erfüllen die Gewerkschaften, sie werden dafür gepeinigt und verfolgt. Die Gewerkschaften stehen in ständigem Kampf zur Erleichterung und Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft. Sie kämpfen für die staatlicherseits vollkommen vernachlässigte Hebung des geistigen Niveaus der Arbeiterschaft. Oder grollt man uns gerade deshalb, weil wir die Arbeiterschaft aus dem Schlamm der Unwissenheit herausziehen, um sie zu denkenden Menschen zu erziehen? Wohl möglich, da man dann die Volksmassen für die niederen Zwecke der Reaktion nicht mehr mißbrauchen kann.

Die Gewerkschaften sind die einzigen Körperschaften in diesem Lande, die sich sozialpolitisch betätigen und, die schweren staatlichen Unterlassungssünden wettmachend, die Arbeitslosen, die Invaliden und die Witwen unterstützen. Nach den Ermittlungen des Gewerkschaftsrats haben die Gewerkschaften in den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres Unterstützungsgelder in Höhe von neun Milliarden Kronen ausgezahlt, obwohl diese Hilfsaktion Aufgabe der Nationalversammlung bzw. der Regierung gewesen wäre. Die Regierung hat auch in Ungarn die Pflicht, durch Sozialpolitik das Los der Arbeitenden zu erleichtern, wie das in Europa heute schon überall der Fall ist, für Arbeitsmöglichkeiten zu sorgen, sowie durch Volkswohlfahrtseinrichtungen für Hebung der sanitären Verhältnisse wirksam einzutreten. Die ausländischen Staaten arbeiten für das Wohl der Bevölkerung mit den Gewerkschaften Hand in Hand, während bei uns von allem gerade das Gegenteil geschieht. Die reaktionäre Regierung wirkt beinahe wie eine feindlich gesinnte Arbeitgebervereinigung, die die kulturellen Bestrebungen der Arbeiterschaft um jeden Preis zu hintertreiben trachtet. Sie kämpfen gegen ausreichende Löhne und gegen den Achtstundentag und sind unter keinen Umständen zur Ratifizierung jener Abkommen zu bewegen, die in Genf zustandekamen und die heute selbst von den Balkanstaaten angenommen wurden.

Unter Beifallskundgebungen der Mehrheit wird seitens der Völkischen, der Agrarier und der Christlichsozialen gegen die Gewerkschaften gehetzt; anläßlich der Budgetverhandlungen spielte sich unlängst eine wahre Hetzkampagne in der Nationalversammlung ab. Die reaktionären Abgeordneten Gaszton, Gal, Lendvai, Vician haben sich durch mittelalterlich-reaktionäres Kampfgebaren besonders hervorgetan. Sie faselten von der roten Gefahr und versuchten auf jede Weise, die öffentliche Meinung zu irritieren. Ihre Zwischenrufe verrieten Unwissen und mangelndes Begriffsvermögen. Diese Dinge werden jedoch von der Regierung nur begrüßt, da sie ihr Gelegenheit zu neuen Schikanen bieten. Jammervolle Zustände. Wir sind heute tatsächlich unter den europäischen Kulturstaaten die Hochburg der Reaktion, Italiens würdige Gesinnungsgenossen, wo der Faschismus in bezug auf Unterdrückung seine wütendsten Orgien feiert. Daher auch die Ovationen für den römischen Diktator. Wir haben keine Vereins-, keine Versammlungs- und keine Pressefreiheit. Alles hängt von der Willkür der Regierung und der behördlichen Willkür ab, während sich die Unternehmer zum Schutze ihrer Interessen mit größter Bewegungsfreiheit organisieren können.

Bei den Budgetverhandlungen traten unsere Gesinnungsfreunde den übelwollenden Angriffen mit größter Energie entgegen und haben im Interesse der sozialen und kulturellen Bestrebungen der Arbeiterschaft eine Fülle von Anträgen eingebracht, die jedoch von der Nationalversammlung samt und sonders verworfen wurden. Es hat sich wieder einmal bewahrheitet, was wir schon seit langem betonen, daß nämlich die Arbeiterschaft vollkommen auf sich allein angewiesen ist. Während das Ausland die Gewerkschaften in weitestgehendem Maße unterstützt und sie zu allen sozialen und kulturellen Aktionen heranzieht, sind Zurücksetzung, Schikanen und Verfolgungen unser Los. Alle Handlungen der Regierung richten sich gegen das Volk. Sie will in vollem Umfange das alte feudal-oligarchisch-kapitalistische System wieder einführen, und so die arbeitenden Millionen der Willkür von einigen Tausend Familien preisgeben. Sie mögen das nur tun!

Die Arbeiterschaft kann aber aus diesen reaktionären Bestrebungen lernen, wie wichtig und einschneidend es für sie ist, an einer machtvollen Erstarkung der Gewerkschaften mit tausendfacher Intensität zu arbeiten. Je heißer die Treibjagd, um so größer sei unsere Opferfreudigkeit, um so freudiger unsere Begeisterung, mit der wir für neue Kämpfe unsere Kräfte sammeln. Wenn alle Arbeiter der Gewerkschaftsbewegung gegenüber ihre Pflicht erfüllen, werden auch in Ungarn die Hetzer samt ihrer Nationalversammlung und ihrer Regierung bald abgewirtschaftet haben und unsere Gewerkschaften, Organisationen und anderen Einrichtungen für die Millionen der Werktätigen eine gute Volkskultur, Volkswohlstand und Freiheit schaffen. Im Kampfe gegen Reaktion und Kapitalismus sind die Gewerkschaften das einzige Bollwerk, alles muß daran gesetzt werden, sie zu wahren Kampforganisationen zu gestalten.

Almers Marie und Ellie Wachs.

Da sind die beiden schönen Mädchen: des Almers Marie und die Ellie Wachs. Ueber des Almers Marie brennt ein roter Stern, sie stammt aus sozialistischem Hause. Ueber der Ellie Wachs brennt ein dunkelviolettes Sternchen, der zu Unglück und Verderben zieht. Der Vater der Ellie Wachs war Bierbrauer, er ist längst tot, die Mutter der Ellie Wachs konnte ihrer Tochter keine gute Erziehung geben, denn sie war den ganzen Tag „auf Wäsche" bei fremden Leuten, und abends balgte sich die Wittfrau mit den Bedürfnissen von vier Halbwaisen herum; um die Seele der Kinder zu erziehen, dazu hatte die Wittfrau Wachs weder Zeit noch Fähigkeiten. Und so wuchs die Ellie Wachs heran wie eine wilde Feldrose, ihre Triebe zu Leichtsinn und Unaufrichtigkeit überwucherten das in ihr schlummernde Gute und Reine. Aber schön ist die Ellie Wachs, schlank wie eine junge Fichte, ihr Haar ist braun wie Kastanienfrucht, und jede ihrer Bewegungen ist wie das Neigen einer Kornähre, die vor dem Prinzen Wind ihre zierlichsten Verbeugungen macht.

Nun was von des Almers Marie. Vater Almer ist städtischer Arbeiter, er schafft bei der Kanalisation, die wirtschaftliche Not führte ihn früh zum Sozialismus, und gemeinsam mit der Gattin erzog er seine beiden Kinder in der Ideenwelt guten urchristlichen Gemeinschaftssinnes: Fort mit allen Sonder- und Vorrechten der Reichen, her mit Edelsinn, Friedlichkeit und Hilfsbereitschaft! So ward des Almers Marie erzogen.

Marie Almer ist blond, ein dunkles Blond, wie der Birkenbaum es in seinem leichten Gezweige zur Herbstzeit trägt. Die Augen der Marie Almer sind wie die blauen Glöckchen am Waldesfaum, wie die blau-blauen Fingerhütchen, die im grünen mütterlichen Kraute windbewegt schaukeln. Die Glieder der Marie Almer sind schwer, so ist auch ihr Gang hart — und ein wenig plump — kurz und gut: Marie Almer ist körperlich das Gegenstück zur Ellie Wachs: diese schlank und zierlich, jene schwer und langsam. Auch die Seele der Marie Almer ist grundverschieden von jener der Ellie Wachs. Marie Almer hat Charakter, das heißt: ihre Triebe zu Unerfreulichem weiß sie durch Willenskraft einzudämmen, sie kann sich beherrschen — während die Ellie Wachs sich nicht beherrschen will, sie läßt sich gehen, nur lustig! Das Leben ist kurz; genießen, was schmackhaft scheint: Tanz, Kino, „Herren", Geschenke!

Beide Mädchen sind Kolleginnen. Sie sind graphische Hilfsarbeiterinnen, Einlegerinnen an Steindruckmaschinen. Beide Mädel sind neunzehn Jahre alt.

Dort steht das große Gebäude, die Druckerei. Ein riesiger steinerner Würfel ist dieses Gebäude, braunrot — und droben an der Stirne des Gebäudes steht: Kommanditgesellschaft.

Der Druckereisaal. Die Maschinen quirlen im sausenden Geräusche. Blatt um Blatt fließt unter die Walzen — immer die gleichen Griffe, den ganzen Morgen, vier lange Stunden hin: so schaffen des Almers Marie und Ellie Wachs und hundert andere Kolleginnen, alte und junge. Alle sind sie Fronende an den nervösen Maschinen, alle sind sie Fronende des unersättlichen Gewinnstriebes, jenes Teufels, der da heißt: Profit! Der da heißt: Kapital!

Mittag. Im engen Frühstückszimmer, es ist schlechte Luft, es riecht nach Oel und Benzin, und nach feuchten Kleidern riecht es. Die Hilfsarbeiterinnen speisen ihr „Brot", sie trinken den dünnen Kaffee — sie sind alle so sehr voller Sehnsucht: Frei zu sein! Hinausfliegen aus diesem Hause des Zwanges. Kommanditgesellschaft! Wofür schafft man? Was ist der Zweck des Lebens?

Abseits sitzen des Almers Marie und die Ellie Wachs. Marie zur Ellie: „Kommst du nun heute abend mit auf unsere Versammlung?" Ellie: „Geh mir los mit deinen „Versammlungen"! Ich gehe ins Kino, da fische ich mir 'nen „Kavalier". Marie: „Und dann?" Ellie: „Dumme Frage! Und — dann — habe ich mich amüsiert!" Marie: „Du schläfst zu wenig." Ellie: „Ich werde schlafen, wenn ich tot bin." Marie: „Du wirst früh sterben." Ellie: „Schad't nix, aber lustig gelebt." Marie: „In zehn Jahren bist du nicht mehr schön — was dann?" Ellie: „Ah bah! In zehn Jahren blühe ich als Rose auf meinem eigenen Grabe am Friedhof."

Der Abend. Almers Marie und Ellie Wachs sitzen in einem lauten Teehause, im Westen der Stadt. Da spielt eine Jazzkapelle, viele bunte Menschen unter dem goldenen Lichte großer gläserner Lüster. Und schwarze Kellner huschen wie schwarze Eidechsen durch das brodelnde Menschenbunt. Dirnen mit großen blauen Hüten, „Kavaliere" mit weißen Unschuldsbrüsten: die sind steifleinen mit Brillantenknopf. Sekt am Marmortisch. Und rote Rosen aus Papier. Marie und Ellie sitzen abseits und trinken ihren Kaffee. Um Mitternacht gingen die Mädchen heim. Denn um sieben Uhr früh hieß es wieder die Druckmaschinen bedienen. Einlegen! Einlegen! Einlegen!

Der nächste Tag. Die Mittagspause im Frühstückszimmer der Druckerei. Marie zur Ellie: „Und das gestern abend, puih! Ich habe dir einmal den Gefallen getan — und bin mitgegangen, aber nie wieder." Ellie: „Wir hätten uns auch 'nen Kavalier nehmen sollen!" Marie: „Bist du des Teufels!? Sind wir Dirnen?" Ellie: „Es gibt 'ne Grenze!" Marie: „Sumpfgräben sind keine Grenzen, sondern Fallen." Ellie: „Wir sind doch keine Mäuse?" Marie: „Nä! Aber wir wollen sein wie Adler, wir wollen überschauen." Ellie: „Sage du!" Marie: „Denke mal, von wessen Gelde wird in den Nachtlokalen geschlemmt, wer sind die „Kavaliere"?" Ellie: „Reiche Leute." Marie: „Und wer macht sie reich?" Ellie: „Sie sind klug." Marie: „Und wir sind dumm, wir Arbeitsvolk lassen uns durch die Reichen ausbeuten; wären wir Arbeitsvolk alle einig, dann wäre es mit der Ausbeutung vorbei, dann bekämen wir für unsere Arbeit vollen Lohn, während jetzt der Unternehmer uns nur einen Teil unseres Verdienstes gibt, „seinen Profit" zieht er uns vom Lohne ab." Ellie: „Das stimmt!"

Die Arbeitslosigkeit in verschiedenen Ländern.

(SGB.) Die meisten Berichte über den Umfang der Arbeitslosigkeit in den letzten drei Monaten zeigen eine große Steigerung der Arbeitslosenziffern. Am deutlichsten läßt sich die Verschlechterung der Wirtschaftslage auf Grund eines Vergleichs mit dem gleichen Monat des Vorjahrs ermessen. England meldet eine geringe Abnahme in der Zahl der Arbeitslosen, wobei jedoch daran erinnert werden muß, daß die Arbeitervertreter im englischen Parlament kürzlich gegen die irreführenden behördlichen Meldungen über die Zahl der Arbeitslosen protestiert haben. Im ganzen ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt in allen Ländern äußerst schlecht, und es muß leider mit einer weiteren Verschärfung der Krise gerechnet werden. Nach den uns vorliegenden Angaben geben wir nachstehende Uebersicht über den Stand der Arbeitslosigkeit in verschiedenen Ländern:

Belgien: Nach den Berichten von 136 Arbeitslosenkassen mit insgesamt 598 350 Mitgliedern waren am 1. November 4305 oder 0,7 Proz gänzlich und 10 916 oder 1,8 Prozent teilweise arbeitslos, gegen 4758 oder 0,8 Proz. bzw. 11 034 oder 1,9 Proz. im Vormonat und 0,9 Proz. bzw. 2 Proz. Ende Oktober 1924.

Dänemark: Nach den Angaben der Gewerkschaften und der öffentlichen Arbeitsnachweise betrug der Prozentsatz der Arbeitslosen Ende November 18,3 gegen 12,7 im Vormonat und 9,3 Ende November 1924. Ende Dezember wurden im ganzen Lande 73 284 Arbeitslose gezählt. Dies ist die größte der bisher in Dänemark gemeldeten Anzahl Arbeitsloser. Im November wurden 43 300 Arbeitslose gezählt; Ende Dezember 1924 35 700.

Deutschland: In der Zeit vom 1. bis 15. Dezember 1925 ist die Zahl der im Deutschen Reiche unterstützten Erwerbslosen von 673 315 auf 1 057 031, d. h. um rund 57 Prozent gestiegen. Am 1. November betrug die Zahl der unterstützten Erwerbslosen 364 000. Nach den vorliegenden Angaben der deutschen Gewerkschaften betrug der Prozentsatz der arbeitslosen Mitglieder Ende November 10,7 gegen 5,8 im Vormonat, der der Kurzarbeiter 16,6 gegen 12,1 im Vormonat.

Frankreich: Die Zahl der bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen eingetragenen Arbeitslosen betrug im November 11 248 gegen 11 099 im Vormonat und 11 863 im November 1924. Die Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Arbeitslosen betrug im November 587 gegen 523 im Vormonat.

Großbritannien: Von den 976 548 Mitgliedern derjenigen Gewerkschaften, die über Arbeitslosigkeit berichteten, waren Ende November 107 434 oder 11 Proz. arbeitslos, gegen 11,3 Proz im Vormonat und 8,6 Proz. Ende November 1924. Von den ungefähr 11 892 000 gegen Arbeitslosigkeit Versicherten waren Ende November 11 Prozent arbeitslos gegen 11,4 Proz. im Vormonat und 10,8 Prozent Ende November 1924. Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen betrug Ende November 1 227 000 gegen 1 295 000 im Vormonat und 1 233 000 Ende November 1924.

Holland: Bei den Arbeitsnachweisen der Gemeinden mit über 500 Einwohnern waren im Oktober 27 425 gelernte männliche und 26 000 ungelernte männliche Arbeitsuchende eingetragen. Von 248 012 Mitgliedern der subventionierten Arbeitslosenkassen waren Ende Oktober 8,1 Proz arbeitslos gegen 8,3 Proz. im Vormonat und 8,2 Proz. Ende Oktober 1924.

Italien: Die Zahl der eingetragenen gänzlich Arbeitslosen betrug Ende Oktober 85 769, die der teilweise Arbeitslosen 8082. Die entsprechenden Zahlen waren im Vormonat 82 764 und 7223, Ende Oktober 199 694 und 18 000.

Japan: Auch Japan leidet unter großer Arbeitslosigkeit. Nach amtlichen Angaben betrug im August 1925 die Zahl der Arbeitslosen in jeder der sechs wichtigsten japanischen Städte 30 000 bis 40 000. Auch unter den Arbeitern in den kleineren Städten herrscht große Arbeitslosigkeit. Nach europäischem Muster haben verschiedene Städte, besonders Osaka und Yokohama, Maßnahmen getroffen, um die Not unter den Arbeitslosen durch Unterstützungen und Vornahme von Notstandsarbeiten zu lindern.

Kanada: Nach Angaben der Gewerkschaften waren Ende Oktober 5,1 Proz. der Mitglieder arbeitslos gegen 5,7 Proz. im Vormonat und 6,8 Proz. Ende Oktober 1924.

Norwegen: Am 15. Dezember betrug die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen 26 270, davon 3774 Notstandsarbeiter. Am 15. November waren die entsprechenden Zahlen 22 676 und 1980, am 10. Dezember 1924 13 810 und 1010.

Oesterreich: Nach den amtlichen Angaben betrug die Zahl der unterstützten Arbeitslosen Ende Dezember 216 000 gegen 152 535 Ende November 1925 und 113 484 Ende November 1924. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Wien betrug Mitte Dezember etwa 90 000.

Polen: Nach den amtlichen Angaben betrug die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen im ganzen Lande am 5. Dezember 261 851 gegen 218 883 am 7. November und 159 060 im Dezember 1924.

Schweden: Von den 204 373 Mitgliedern derjenigen Gewerkschaften, die über Arbeitslosigkeit berichteten, waren Ende Oktober 23 500 oder 10 Proz. arbeitslos gegen 8,5 Proz. im Vormonat und 8,4 Proz. Ende Oktober 1924. Nach den Angaben der amtlichen Arbeitslosenkommission hat sich die Zahl der eingetragenen hilfesuchenden Arbeitslosen im November um 37 Proz. erhöht und betrug Ende November 18 000.

Schweiz: Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen betrug Ende Oktober 12 219 gegen 10 356 im Vormonat und 9451 Ende Oktober 1924.

Tschechoslowakei: Ende Oktober betrug die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen 39 743 gegen 42 440 Ende September und 71 938 Ende Oktober 1924.

Ungarn: Ende Oktober waren von den Mitgliedern der Gewerkschaften 22 579 oder 13,4 Proz arbeitslos gegen 14,3 Proz im Vormonat und 13,5 Proz. Ende Oktober 1924.

Vereinigte Staaten: Nach dem vom Arbeitsdepartement veröffentlichten Bericht, der auf Grundlage einer 9374 Unternehmen in 52 Industrien mit 2 901 263 beschäftigten Personen umfassenden Statistik zusammengestellt ist, hat die Zahl der beschäftigten Arbeiter im Oktober um 2,2 Proz. zugenommen. 41 Industrien wiesen eine Zunahme von beschäftigten Arbeitern auf. Die Indexzahl des Beschäftigungsgrades (1923 = 100) war im Oktober 1925 92,3, im September 1925 90,9 und im Oktober 1924 87,9.

Maschinenhersteller und Unfallschutz.

Von Ingenieur F. Linke.

Von zahlreichen Unternehmern wird lebhaft darüber Klage geführt, daß sie schuldlos dadurch in große Unannehmlichkeiten geraten, daß von ihnen angeschaffte Maschinen nicht die durch die Unfallverhütung gebotenen Schutzvorrichtungen besitzen. Die Revisionstätigkeit der technischen Aufsichtsbeamten ergibt alljährlich eine große Zahl solcher Verstöße. Die in solchen Betrieben beschäftigten Arbeiter werden der Gefahr der Verstümmelung und Schädigung ausgesetzt, ohne daß sie es wissen, aber oft auch, ohne daß die Unternehmer selbst daran Schuld tragen, weil sie es auch nicht wissen. Beide werden auf diese Weise geschädigt, und die Berufsgenossenschaften wie die Krankenkassen erfahren erhebliche Belastungen, die im Interesse der Volkswohlfahrt und der Volkswirtschaft unbedingt vermieden werden müssen.

Tatsächlich liegen die Dinge so, daß weder Arbeiter noch Unternehmer vielfach technisch genug geschult sind, um diese Mängel selbst erkennen zu können. Sie werden aber dennoch für die entstehenden Schäden haftbar gemacht, dadurch geschädigt, oder gar beides. In Fleischereien mag man vielleicht wissen, daß die gefährlichen Maschinen gewisse Schutzvorrichtungen haben müssen, in Hotels, die oft Nebenbetriebe solcher Art haben, aber liegt das schon ganz anders; dort wird selbst der gewissenhafteste Geschäftsleiter nicht so weit in die Einzelfragen eingedrungen sein, um von ihm billigerweise verlangen zu können, daß er die Mängel selber erkennt. Wird er zivil- und strafrechtlich haftbar gemacht, so trifft ihn das also ungerecht. Auch bei den im Druckereigewerbe gebrauchten Maschinen dürften manche Schwierigkeiten solcher Art auftreten.

Es erhebt sich deshalb gerade aus diesen Kreisen die Forderung, den Verkäufer von Maschinen oder noch besser den Hersteller zu verpflichten, jede Maschine so zum Verkauf zu stellen und abzuliefern, daß sie auch den gesetzlichen Unfallverhütungsvorschriften genügt. Damit wäre das Uebel an der Wurzel getroffen, und diese Verpflichtung bekäme überhaupt erst einen Sinn.

Gewöhnlich werden solche Mängel heutzutage durch eine Unfallmeldung und die darauf erfolgende Revision entdeckt, also wenn es zu spät ist. Dem Betriebsunternehmer wird dann (günstigenfalls) immer noch die Verpflichtung zur Beseitigung des Mangels, zur Sicherung der Maschine, auferlegt. Diese wird also nachträglich umgebaut. Sehr häufig ergeben sich dadurch Unzuträglichkeiten in ihrer Benutzung, und ganz neu angeschaffte Maschinen werden dadurch stark entwertet. Die Forderung, daß der Besteller der Maschine gesetzlich verpflichtet ist, vorschriftsmäßig gesicherte Maschinen zu liefern, ist daher durchaus berechtigt. Es sollte Sache der Unternehmer-Fachverbände sein, die dahinzielenden Schritte gemeinsam zu unternehmen und durch Einreichung sorgfältig ins einzelne gehender Vorschläge einem solchen Gesetz den Weg zu ebnen. Gerade die Bäcker haben sich um diese Dinge unter der Anregung des Leiters des technischen Aufsichtsdienstes der Nahrungsmittel-Berufsgenossenschaft gekümmert. Selbstverständlich verlangt die Gerechtigkeit, dabei für eine Stelle zu sorgen, die dem Maschinenhersteller die Sicherheit gibt, daß die von ihm getroffenen Maßnahmen von den maßgebenden Stellen als den Vorschriften genügend angesehen werden. Sonst würde der bedauerliche Fall eintreten, daß man die Verantwortung für Unfälle auf eine Stelle abwälzt, die gar keinen Einfluß auf die Dinge hat und nicht einmal in der Lage ist, ihre Unschuld an einem eingetretenen Unfall zu beweisen. Gerade deshalb ist die Zusammenarbeit der in Frage kommenden Verbände unbedingt erforderlich, wenn es sich darum handelt, ein solches Gesetz ins Leben treten zu lassen.

Für die elektrische Industrie hat der Verband Deutscher Elektrotechniker durch seine Vorschriften, von denen eine Reihe mit Erläuterungen in der revidierten Fassung neu erschienen sind (Berlin, Julius Springer) weitgehend dafür gesorgt, daß Maschinen und Apparate so hergestellt werden, daß Unfällen nach Möglichkeit vorgebeugt ist. Aber auch da bleibt noch immer viel zu tun; denn die Bestrebungen, die darauf abzielen, an Maschinen und namentlich Gebrauchsapparaten weitgehenden Berührungsschutz einzuführen, lassen das erkennen. Das ist insofern wichtig, als mit manchen Apparaten dieser Art das breiteste Publikum in Berührung kommt. Glühlampen z. B. werden von jedermann in die Fassungen ein- und ausgeschraubt, und trotzdem hat man bisher nicht dafür gesorgt, daß der Einschraubende gegen elektrische Schläge geschützt ist. Erst neuerdings haben manche Firmen Fassungen konstruiert, die eine zufällige gleichzeitige Berührung beider elektrischer Pole unmöglich machen. Auch die Stecker, die zahlreiche Verwendung finden, werden neuerdings nach dieser Richtung umkonstruiert. Man riatet sie, namentlich wenn nicht die ganz kleinen Leistungen an gewöhnlichen Steckdosen in Betracht kommen, so ein, daß die Verbindung der spannungführenden Teile erst erfolgt, nachdem sie durch die umschließenden Hüllen von außen nicht mehr berührt werden können. Also auch hier ist noch manches zu tun, und die Industrie ist am Werke, Neues, Zweckmäßiges zu schaffen.

Für Handlampen z. B., die in feuchten Räumen Verwendung finden, hat eine große Firma der Elektrizitätsindustrie kürzlich eine Vorrichtung in den Handel gebracht, die hinter dem Stecker und vor der Lampe eine Heruntersetzung der Spannung auf 30 Volt vorsieht. Es ist dabei also unmöglich, daß der die Lampe benutzende mit einer Spannung in Berührung kommt, die noch gefährlich ist. Zugleich ist dafür gesorgt, daß am feuchten Boden liegende oder schleifende Kabel eine Spannung führen, die gefährlichen Kurzschluß nicht mehr verursacht. Das ist eine Maßnahme der Art, wie sie überhaupt erwünscht ist. Sie beugt von vornherein Gefahren vor. Bei rein mechanischen Maschinen und Vorrichtungen ist das vielleicht nicht in so eleganter Weise und so leicht möglich. Um so wichtiger ist es, die oben erwähnte Forderung durchzuführen.

In erster Linie aber ist es Aufgabe der Arbeiterschaft selbst, sich an Bestrebungen der geschilderten Art zu beteiligen. Denn in ihrem Interesse liegen gesetzgeberische Maßnahmen in allererster Linie. Es handelt sich dabei um eine Sache, die durchaus gemeinsam mit den Unternehmern durchgeführt werden kann. Und wenn es Unternehmerverbände gibt, die sich in unbegreiflichem Unverstand gegen solche gesetzgeberischen Maßnahmen sträuben, so ist es um so notwendiger, die vernünftigen Teile der Unternehmerschaft zu unterstützen. Die Sympathien der Oeffentlichkeit werden zweifellos der Sache günstig sein.

Und wieder Abend. Die Versammlung. Die Versammlung der „Graphischen Hilfsarbeiter". Gewerkschaftlicher Geisteskampf kreuzt die Klinge mit dem wucherischen Profitgeist. Der große Saal im Gewerkschaftshaus, gestopft voller Menschen, Junge — Alte — Mädchen — Frauen — Männer — Jünglinge! Ein Redner flammt sprachlich wie ein Vulkan. Und dann wird der Redner sprachlich wie ein reifes Kornfeld, über das hin der fruchtbare Sommerwind leise streicht, am Himmel steht die goldene Sonne: Die wissenschaftliche Erkenntnis! Und dann gehen die Sterne auf, die Sterne, die da sprachlich deuten die neuere Zeit, die da dereinst heraufwachsen wird — als Zeitalter des Sozialismus! Die Betriebe dem Volke. Bedarfswirtschaft. Anständige Löhne. Sättigung aller Menschen Friede. Freude. Schönheit Die Kunst dem Volke Freiheit bindet — Herz an Herz!

Wieder der andere Tag. Wieder Mittagspause im Frühstückszimmer der Druckerei. Marie Almer zur Ellie Wachs: „Nun! Und wie war das gestern?" Ellie: „Wie bin ich dir dankbar, daß du mich mitnahmst in die Versammlung! Vor meinem inneren Schauen stand eine neue Welt auf! Ich komme zu euch. Ich kämpfe mit euch. Ich siege mit euch."

Und Ellie Wachs kam, sie ward Mitglied des Verbandes, sie ward Mitglied der Partei, sie ward Mitkämpferin für die herrlichen Ideen einer neuen Menschheit, die da geeint emporsteigen wird zu jenen Höhen, auf denen der Friede, die Freude und die Harmonie wohnt.

Der dunkelviolette Stern über dem Haupte der Ellie Wachs erlosch, sie ist nicht mehr den Gefahren der Willenlosigkeit ausgesetzt, auch über dem Haupte der Ellie Wachs brennt nun der rote Segens- und Glaubensstern, der da heißt Sozialismus, Liebe, Blüte!

Und ihr inneres Freiwerden dankt die Ellie Wachs ihrer Freundin, der edlen Almers Marie. Max Dortu.

Phantasien eines Ochsen.

In den großen Schlächtereien in Chicago am Michigansee werden täglich viele tausend Ochsen und Schweine geschlachtet. Der Betrieb ist so großartig organisiert, daß man fast sagen kann: an dem einen Ende werden die lebenden Tiere hineingetrieben und an dem anderen kommen die fertigen Würste, Schinken und Stiefel heraus. Die Ochsen werden in einem großen Kral zusammengetrieben und von dort durch einen langen Doppelzaun in das Schlachthaus.

Es zeigt sich nun, daß die Tiere, wenn sie das Blut ihrer vorher geschlachteten Brüder witterten, sehr schwer vorwärts zu treiben waren. Es mußten dazu zahlreiche, hochentlohnte Viehtreiber angestellt werden. Die Amerikaner als gute Geschäftsleute kamen nun auf den praktischen Einfall, einen alten Leitochsen so zu dressieren, daß er die Herde ins Schlachthaus führte. Für ihn öffnete sich neben der Tür des Schlachthauses die Tür eines behaglichen Stalles, in dem er weiche Streu und gutes Futter fand. Der amerikanische Volksmund hat diesen Ochsen „Judas" getauft.

Eines Abends, als Judas bereits in den Kral getrieben war, entstand in dem Schlachthaus eine Betriebsstörung. Die Schlachtung mußte unterbrochen werden. Die Nacht sank über Chicago und Judas schlenderte von Gruppe zu Gruppe seiner Kameraden. Die meisten döste dahin, wie Ochsen zu dösen pflegen, nur in einer Gruppe debattierte man lebhaft.

Ein junger, nur mäßig genährter Ochse sprach: „Wir sollten gegen das Schlachten gewaltsam vorgehen. Wenn wir mit vereinten Kräften gegen den Zaun rennen, dann werden wir die Freiheit gewinnen. Das Land hier gehört ohnehin uns und nicht den Menschen. Unsere Voreltern streiften hier als freie Büffel und nährten sich von dem schmackhaften Steppengras."

„Sehr schön," antwortete ein anderer, „das würde uns aber gar nichts nützen, denn hier in der Gegend wächst längst kein Gras mehr, wir würden verhungern oder von Verkehrsmaschinen zermalmt werden, außerdem schmeckt das Kunstfutter, das man uns reicht, ja viel besser als das langweilige Gras."

„Das aber immer noch besser als das Schlachtbeil," fiel ein dritter ihm ins Wort. Und dann ein vierter: „Gewiß, Spaß macht es nicht, geschlachtet zu werden, aber das hilft ja alles nichts, man hat immer Ochsen geschlachtet, man wird weiter Ochsen schlachten, darum hat es gar keinen Zweck, daß wir uns gegen das Schlachten sträuben."

„Sehr richtig," fiel ein fünfter ein, „außerdem ist die Sache da drinnen vortrefflich organisiert. Die Maschinen sind technisch vollendet, bereiten kaum mehr Schmerz, und schließlich ist es doch eine sehr große Ehre für einen einfachen Ochsen, als Hauptstück auf der Tafel eines wahren Menschen- und Tierfreundes zu stehen."

Als Judas sich dies Gespräch ein wenig angehört hatte, wurde er sehr nachdenklich. Wenn der erste Redner etwa seine Gewaltpläne unter die anderen Ochsen trüge, könnte es sein, daß man ihn, den braven Leitochsen, als ungeeignet selbst zum Schlachthaus triebe, und dann ade, schöner, warmer Stall und schmackhaftes Futter.

Darum winkte er die beiden letzten Redner zu sich und schlug ihnen vor, ein Nachrichtenbureau für Ochsen und eine Tageszeitung zu gründen; für die Finanzierung würde die Schlachthofdirektion sicher sorgen.

Als die Sonne glutrot über dem Michigansee emporstieg, war drinnen die Betriebsstörung behoben; und als der Aufseher nach Judas rief und mit der Futterkiepe klapperte, da trollte Judas schleunigst fürbaß und brüllte dazu, wie Ochsen zu brüllen pflegen, wenn ihnen gutes Futter winkt.

Die anderen Ochsen aber trollten hinterher, sogar der, der eigentlich gewaltsam ausbrechen wollte, denn schließlich wollte er von den anderen nicht für einen Renegaten gehalten werden. Das galt nämlich damals auch unter den Ochsen von Chicago für den schlimmsten Vorwurf, den man einem Ochsen machten konnte.

General v. Schönaich (in der „Menschheit").

Werksgemeinschaft oder die Angst vor den Konsequenzen.

In der heutigen bitterbösen Zeit ist das ganze Unternehmertum doppelt bemüht, die Seele des Arbeiters einzufangen. Der Arbeiter soll sich wieder mit dem Werk verbunden fühlen, soll mit dem Unternehmer Glück und Leid gemeinsam tragen. Wir haben von jeher betont, daß es eine solche Gemeinschaft nicht geben kann, solange das heutige kapitalistische System regiert, erst recht nicht. Ein kleines Beispiel dieser Art.

Das „Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk" hat einen befriedigenden Abschluß gemacht. Die Anlagen sind erweitert. Das Leitungsnetz ist ausgedehnt und hat Anschluß gefunden vom Rheinland über Westfalen nach Hannover, auf der andern Seite nach Baden und Bayern mit den dortigen Werken. Das RWE. verteilt an Dividende 8 Proz., auf die Namensaktien 12 Proz. Zur Generalversammlung wird von einem leitenden Herrn ein Antrag gestellt, auch der Arbeiterschaft, vielleicht für die Weihnachtstage, etwas zukommen zu lassen. Der günstige Abschluß bleibt doch nicht verborgen, eventuell kann man jedem Arbeiter auch seine 75 Mk. Gratifikation in die Hand drücken? Es wurde nicht behauptet, daß das Werk die Ausgabe nicht tragen könne, aber — „wenn wir das in diesem Jahre machen, müssen wir es später auch tun"...! Also nahm man Abstand von diesem Zeichen wirklicher Werksgemeinschaft. Die führenden Herren fürchten wohl die Konsequenzen?

Die Werksgemeinschaft wird erst dann wieder auf die Tagesordnung kommen, wenn man von der Gegenseite Opfer verlangt.

Die Frau des Gewerkschafters.

„Was du für eine Menge Geld für deine Gewerkschaft hinauswirfst! Jede Woche den hohen Verbandsbeitrag — dafür könnte ich manches für die Haushaltung kaufen! Und dann die viele Zeitverschwendung für den Verband! Da könntest du auch etwas Besseres tun."

„Liebe Frau, der Verbandsbeitrag ist eine notwendige Ausgabe, die sich doppelt und dreifach verzinst. Du siehst doch selbst, wie die Gewerkschaft für uns trotz allen Widerstandes die Löhne hinaufrückt, wie sie für unser Recht eintritt, wie sie unsere Lage auch in dieser schlimmen Zeit zu verbessern sucht."

„Das wäre auch ohne Verband so. Früher war eine Gewerkschaft notwendig. Aber heute ist sie vollständig überflüssig, da doch alles sowieso seinen geregelten Gang geht. Du wirfst dein Geld und deine Zeit weg."

Der Mann geht zur Arbeit und denkt: „Auch du wirst noch einmal einsehen, daß ich recht gehabt habe!" — Die Frau klagt unterdessen der Nachbarin ihr Leid. Da kommt sie aber an die falsche Adresse. Was sie als weggeworfene Ausgabe ansieht, das bezeichnet die einsichtige Nachbarin als beste Anlage. Sie sagt: „Mein Mann und meine beiden Söhne sind im Verband, und jede Woche, wenn der Vertrauensmann zum Einkassieren kommt, bezahle ich ohne Murren für alle drei, das ist eine Ausgabe, die mir und meiner Familie zugute kommt. Wie wäre es ohne Gewerkschaft vielleicht um uns bestellt! Von meinen Eltern her weiß ich, wie das Arbeiterlos war, ehe sich die Gewerkschaften durchgesetzt hatten."

So haben die Frauen unserer Gewerkschafter eine ganz verschiedene Anschauung von der gewerkschaftlichen Betätigung ihres Mannes. Die einen sehen die Sache als unnütz an und wollen den Mann von der Gewerkschaft abbringen, sie sind der eigentliche Hemmschuh der großen Arbeiterbewegung. Die anderen bringen ihr volles Verständnis entgegen und unterstützen die Gewerkschaftsarbeit des Mannes. Und wieder andere stehen der Sache gleichgültig gegenüber, nicht hindernd, aber auch nicht fördernd.

Das richtige Verständnis ist demnach nur bei einer Gruppe von Frauen vorhanden. Und diese Gruppe ist nicht allzu zahlreich. Woher mag das kommen?

Die Frau hat noch immer nicht eingesehen, daß die Gewerkschaftsarbeit letzten Endes ihr und ihrer Familie zugute kommt. Die Gewerkschaftsarbeit ist Arbeit für die Familie des Arbeiters. Denn sie bezweckt, die wirtschaftliche Lage des Arbeiters zu heben. Mittel dazu sind: Erstrebung einer günstigen Gestaltung des Lohnes und der Arbeitsbedingungen durch den Tarifvertrag, Beeinflussung des Arbeiterschutzes und des Arbeitsrechts sowie aller sozialpolitischen Maßnahmen, die im Interesse der Arbeiterschaft liegen.

Kann wirklich die Frau, die Gattin, die Mutter all dem ohne innere Anteilnahme gegenüberstehen? Der Lohn ist ausschlaggebend dafür, wie die Familie leben kann, was sie ißt, wie sie sich kleidet, wie sie wohnt, was für Erholung, was für die Ausbildung der Kinder ausgegeben werden kann. Die Arbeitsbedingungen wirken ein auf die Gesundheit des Mannes und somit auf die ganze Familie.

Die Gewerkschaften haben im Laufe ihrer Entwicklung das Feld ihrer sozialen Arbeit noch viel weiter gesteckt: Bauproduktivgenossenschaften sollen dem Arbeiter gesunde Wohnungen mit einem Stück Garten verschaffen, Konsumgenossenschaften der Arbeiterfamilie preiswerte Waren vermitteln, Unterstützungen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, beim Tode und bei Unglücksfällen der Familie über die äußerste Not hinweghelfen. Die rechtliche und soziale Stellung des Arbeiters wirkt sich unmittelbar aus auf seine Familie, auf die Gestaltung der Zukunft seiner Kinder. Die Söhne und Töchter werden die Früchte von der Gewerkschaftsarbeit des Vaters ernten, wie unsere heutige Arbeiterschaft auf der Gewerkschaftsarbeit der vorhergegangenen Jahrzehnte aufbaut.

Das Streben, den Kindern ein besseres Los zu bereiten als man selbst hat, wohnt ja gerade uns Frauen inne. Dafür bringen wir die größten Opfer. Und das wird durch die gewerkschaftliche Betätigung des Mannes erreicht. Das leuchtet uns ein, wenn wir die Verhältnisse betrachten, unter denen unsere Eltern und Großeltern gearbeitet haben. Daran gemessen hat es die Arbeiterschaft unserer Zeit ohne Zweifel besser. Darum muß die Frau des Gewerkschafters den Mann in seinen Bestrebungen fördern, wo sie nur kann, ihn aufmuntern, wenn er sich gleichgültig zeigen sollte. Sie soll die Treibende, die Mahnende sein. Sie soll Interesse und Verständnis für gewerkschaftliche Arbeit wecken, und nicht greinen und jammern über Geld und Zeit, die für diese lebenswichtigen Aufgaben verwandt werden.

Ottilie Obletshauser in der „Frauenwelt".

Zuständigkeit der Arbeitsgerichte.

„Die Justiz", eine jüngst gegründete Zeitschrift, herausgegeben von Wilhelm Kroner, bringt in der ersten Nummer u. a. die Besprechung des Entwurfes über die Arbeitsgerichte von Professor Dr. Hugo Sinzheimer, in welcher der bekannte Verfasser seiner Meinung über Aufbau und Zuständigkeit der Arbeitsgerichte im neuen Entwurf Ausdruck gibt. Professor Sinzheimer hält es für richtig, daß beim Aufbau der künftigen Arbeitsgerichte die Justiz beteiligt wird, trotz des sehr berechtigten Mißtrauens, das heute in breiten Kreisen gegen den herrschenden Geist des durchschnittlichen Richtertums besteht. Er meint aber, daß eine Ausschaltung der Formalisierung der Rechtspflege und die Förderung sozial und politisch rückständiger Gesinnung bei den Gerichten zur Folge haben würde, während bei ständiger Berührung mit Arbeitsangelegenheiten sich kein Richter dem neuen Lebensgeist auf die Dauer entziehen könne. Bei der überragenden Wichtigkeit der Rolle des Vorsitzenden, der beim Arbeitsgericht künftighin ein Richter sein soll, ist aber auf die Ausbildung der Arbeitsrichter das größte Gewicht zu legen, wozu ein gründliches Studium des Arbeiterrechtes auf den Universitäten und die Reform der Ausbildung der Referendare unerläßliche Vorbedingungen sind. Professor Sinzheimer bedauert, daß es nicht möglich war, eine einheitliche Arbeitsbehörde zu schaffen für sämtliche Fragen des Einigungs- und Schlichtungswesens und der übrigen Verwaltungsgebiete des Arbeiterrechtes. Trotzdem kann man nicht warten, bis diese Lösung gefunden sein wird und so muß man deshalb einstweilen mit der Angliederung der Arbeitsgerichte an die staatliche ordentliche Gerichtsbarkeit vorliebnehmen. Was die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte anbelangt, so ist die Ausdehnung der Arbeitsgerichtsbarkeit auf alle Schichten des Arbeitnehmertums ohne Rücksicht auf eine gewisse Höhe des Lohneinkommens ein Fortschritt gegenüber den heute bestehenden Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. Auf der anderen Seite enthält aber der Entwurf eine Anzahl unbegründete Einschränkungen der Zuständigkeit der Arbeitsgerichte. So werden ausgenommen Streitigkeiten, deren Gegenstand die Erfindung eines Arbeitnehmers bildet, des weiteren gewisse Ansprüche aus Arbeitskämpfen, soweit diese Ansprüche nicht auf die Verletzung von Tarifverträgen, sondern auf unerlaubte Handlungen im Sinne des bürgerlichen Gesetzbuches gestützt werden, sowie auch arbeitsrechtliche Strafsachen, zum Beispiel die Verletzung von Arbeiterschutzvorschriften usw. Es ist sehr unrichtig, diese Angelegenheiten der Entscheidung des Einzelrichters zu überlassen, während doch die Beisitzer der Arbeitsgerichte aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen zu ihrer Beurteilung im besonderen Maße berufen wären.

Wer erschwert die Produktion?

Außerordentlich lehrreich sind die in der „Frankfurter Zeitung" jüngst erschienenen Ausführungen über die Rolle der Bank- und Industriedirektoren zur Erschwerung von Rationalisierungsbestrebungen. Diese könnten oft nur durch Zusammenschlüsse oder in manchen Fällen durch Liquidation unproduktiver Gesellschaften zum Erfolg führen. Die Direktoren erfinden allerlei Mittel dagegen, daß ihr eigenes Arbeitsfeld beseitigt und sie selbst überflüssig gemacht werden. Fusionen sowohl in der Bankwelt wie in der Industrie drohten daran zu scheitern, daß die Direktoren sich ihnen widersetzten, und es gibt auch kleinere und größere Unternehmungen, die eigentlich gar nicht mehr existieren und nur deshalb von Kapitalrückzahlungen an die Aktionäre Abstand nehmen, weil die Verwaltung ihre Position nicht aufgeben will. Bei der Gehaltsbemessung der Direktoren sind ebenfalls die verschiedensten Mißbräuche im Schwange. Die Entscheidung über die Verträge der Direktoren wird vielfach nicht mehr, wie es im Handelsgesetzbuch vorgeschrieben ist, der Gesamtheit des Aufsichtsrats überlassen, sondern kleinen Aufsichtsratskommissionen übertragen. Das geschieht deshalb, damit das Aufsichtsratmitglied, das auf Grund des Betriebsrätegesetzes als Arbeitnehmer dem Aufsichtsrat angehört, keinen Einblick in diese Verträge erhält. Oft werden sogar krumme Wege eingeschlagen. Es kommen Fälle vor, wo den Direktoren nur verhältnismäßig bescheidene Beträge ausgesetzt werden; die Hauptbezüge erhalten sie dagegen über eigens zu diesem Zweck gegründete oder aufrechterhaltene Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Dadurch erscheint in den Geschäftsunkosten das Gehaltskonto der Direktoren mit mäßigen Beträgen, während viel höhere Summen als Beteiligungsverluste an der G. m. b. H. auftreten. Neben den Mißbräuchen im Aktienwesen, die in den Vorrats- und Verwertungsaktien an den Tag treten, sollten auch die hier geschilderten Mißbräuche gesetzlich beseitigt werden, wobei die Tatsache, daß die Direktoren das mehrfache Stimmrecht bei geringer Kapitalbeteiligung ausüben und dadurch sich eine Machtvollkommenheit sichern, beachtet werden muß. Dieser Forderung müssen auch wir um so mehr beipflichten, weil diese Mißbräuche das Aktienwesen untergraben, das anlagesuchende Publikum vom Aktienkauf weiter abschrecken und dadurch die finanziellen Schwierigkeiten der Wirtschaft, die zur Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit führen, steigern.

Dem Verbande!

In Leid erkoren, in Not geboren
Bist du, Verband!
Daß du uns nützest, daß du uns stützest
Mit starker Hand!
Du schufest wacker aus härtem Acker
Fruchtbares Land!
Hast uns geführet, hast treu geschüret
Mut und Verstand!
Du gibst uns Kräfte und förderst Säfte,
Du bist das Pfand,
Das uns gespendet, daß schlechtes endet,
Durch dich, Verband!
So stehst du kräftig und pflegst geschäftig
Mit fester Hand
Die gute Sache. Als Schutz für Schwache
Wirkst du, Verband!
So wirst du schützen und stets uns nützen
In Stadt und Land!
Daß Gutes sprießet und Segen fließet,
Sorgst du, Verband!

Die teuren Landesväter.

Was unsere Landesfürsten uns gekostet haben, ist immer hochaktuell. Neben den großen Einkünften aus den „Staats"-Gütern hatten die Majestäten nachstehende Summen als „Besoldung" für ihre aufreibende Tätigkeit:

	pro Jahr	pro Tag
Wilhelm II.	21 200 000 Mk.	58 082 Mk.
König von Bayern . .	6 865 734 „	18 810 „
König von Sachsen . .	4 091 456 „	11 209 „
König von Württemberg	2 400 000 „	6 575 „

Die Großherzöge und Herzöge empfingen im Durchschnitt eine halbe bis zwei Millionen Mark im Jahr. Die Gesamtsumme betrug 41 541 593 Mk. im Jahr, d. h. 113 826 Mk. pro Tag. Dafür kann man ein halbes Hundert Parlamente mit Leichtigkeit finanzieren. Wir teilen diese Ziffern einmal mit, weil gewisse Leute immer das Mundloch weit aufreißen, wenn über das Gehalt eines sozialdemokratischen Stadtrats oder über die Diäten eines M. d. R. geredet wird.

Aus den Zahlstellen.

Mainz. Am Montag, den 4. Januar, fand im „Goldnen Pflug" eine Versammlung des Hilfspersonals der beiden Steindruckfirmen Jos. Scholz und B. Schott's Söhne statt, die vollzählig von den Belegschaften besucht war. Auf der Tagesordnung stand: „Die Kündigung des Lohntarifs zum 31. Dezember 1925 und der angekündigte Lohnabzug von 10 Prozent."

Kollege Müller schilderte in längeren Ausführungen die wirtschaftliche Situation im allgemeinen und das Vorgehen der Unternehmer gegen die Arbeiterschaft. Daß Herr Rudolf Scholz sich dieser eigentümlichen Rettungsaktion der deutschen Industrie anschloß, ist nicht zu verwundern. Wo alles liebt, kann Karl allein nicht hassen. Eine tiefe Erregung ging durch die Versammlung. Man bewunderte den Mut des Herrn Scholz, der neun Monate, bis kurz vor Weihnachten, andauernd Ueberstunden arbeiten ließ, um seinen Bedarf decken zu können, und sich nun zum Wortführer eines zehnprozentigen Lohnabzugsantrags hergibt. In einer scharfen Entschließung gab die Versammlung zum Ausdruck, daß sie mit allen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen, sich gegen einen Lohnabbau zur Wehr setzen werde. Es wurde eine Kommission gewählt, die am 11. Januar mit den Unternehmern verhandeln solle.

Literatur.

„Die Bücherwarte", Zeitschrift für sozialistische Buchkritik. Unter diesem Titel gibt der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit ab Januar 1926 eine neue Zeitschrift heraus, die hauptsächlich Besprechungen der wichtigsten Neuerscheinungen auf allen Gebieten der wissenschaftlichen und schönen Literatur enthalten wird. Daneben soll durch Veröffentlichung größerer Aufsätze über einzelne Wissensgebiete, in denen neben der neuesten Literatur auch die ältere behandelt wird, den Arbeitern eine Möglichkeit gegeben werden, sich in der ungeheuren Flut der Literatur zurechtzufinden und in geeigneter Weise an ihrer Selbstbildung zu arbeiten.

Als Beilage zur „Bücherwarte", die in einem Umfang von 32 Seiten erscheint, gibt der Reichsausschuß eine 16seitige Monatsschrift „Arbeiterbildung" heraus, in der alle Fragen der Bildungs- und Kulturbewegung der Arbeiterschaft behandelt werden. Durch Veröffentlichung von Arbeitsprogrammen, Vortragsdispositionen, Literaturnachweisen usw. soll allen in der politischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und kulturellen Bewegung stehenden Genossen und Genossinnen die Möglichkeit gegeben werden, ihr Wissen zu vertiefen, neue Anregungen zu erhalten und der praktischen Arbeit neue, starke Antriebe zu geben.

Der Preis der neuen Zeitschrift (nebst Beilage) ist in Anbetracht des reichen Inhaltes und der guten Ausstattung recht mäßig zu nennen. Er beträgt im Vierteljahresabonnement 1.50 Mk., das heißt, 50 Pf. das Heft. Im Einzelverkauf kostet das Heft 70 Pf. Man bestellt die Zeitschrift am besten bei dem zuständigen Postamt oder beim Briefträger. Zur Erleichterung des Postbezuges sei darauf hingewiesen, daß die „Bücherwarte" auf Seite 35 der Hauptzeitungspreisliste für 1926 eingetragen ist.

Urania. Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre. Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena.

Es ist gut, wenn wir uns von Zeit zu Zeit wieder einmal darüber klar werden, was das Wesen einer auf marxistischer Grundlage zu erstrebenden Volksbildung ausmacht. Genosse Dr. Ritter-Warnsdorf gibt im Januarheft der „Urania" darüber recht tiefschürfende Ausführungen, die zugleich eine glänzende Rechtfertigung dieses „proletarischen Kosmos" darstellen und für alle noch Fernstehenden die dringliche Aufforderung in sich schließen, nicht länger zu zögern, regelmäßige Bezieher dieser Bildungszeitschrift zu werden. Aus dem reichen Inhalt des Heftes heben wir besonders hervor: „Mechanik im Tierkörper" von Dr.-Ing. Feldhaus, „Rasse Mensch" von Weidhaas, „Ein neuer Neanderthalmenschen-Fund" von dem bekannten Paläontologen Prof. Dr. Othenio Abel. Im Beiblatt „Der Leib" beginnt Julius Wyn unter der lockenden Ueberschrift „Das Wunder der Liebe" eine fesselnde und für jedermann verständliche Schilderung der Wirkungsweise der Inkretdrüsen. Eine Anleitung zum Bestimmen tierischer Fährten von Paul Walther, praktische Ratschläge für Mikrofotografieren im aufhellenden Lichte von W. Keuscher, Experimentierecke, Liebhabereien und interessante Notizen vervollständigen den unterhaltsam belehrenden Inhalt.

Abrechnungen.

In der Woche vom 4. bis 9. Januar gingen bei der Hauptkasse folgende Abschlagszahlungen für das 4. Quartal ein:

Gau 8 a: Magdeburg 500 Mk.
Gau 9: Hannover 2. Rate 2000 Mk.

Berlin, den 9. Januar 1926.

H. Lodahl.

Für die Woche vom 17. bis 23. Januar ist die Beitragsmarke in das mit 3 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches oder -karte zu kleben.

Unserer lieben Kollegin **Elly Berlau** nebst ihrem lieben Gemahl, Herrn **Georg Hagelauer**, zur stattgefundenen **Vermählung** nachträglich die **herzlichsten Glückwünsche.**

Die Kollegenschaft der Zahlstelle Mainz.

Unserem langjährigen Mitglied und Funktionär, dem Kollegen **Rich. Böhm**, in Firma Pickenhahn u. S., zu seinem **25jährigen Geschäftsjubiläum** die **herzlichsten Glückwünsche.** Möge es ihm vergönnt sein, noch recht lange beruflich und gewerkschaftlich tätig zu sein.

Zahlstelle Chemnitz.

Verantwortlich für Redaktion: R. Schulze, Charlottenburg, Meerscheidtstraße 16. Fernspr.: Amt Westend 1328. Verlag: H. Lodahl, Charlottenburg. — Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.